



Bilanz und Rückblick 2025

Unsere Leistungen.
Der Kammerhaushalt.
Unsere Arbeit.



Moin!

Gesellschaft und Wirtschaft sind weiterhin mit den Herausforderungen der Transformation sowie den Nachwirkungen multipler Krisen konfrontiert. Das gilt auch und gerade für das Land Bremen als traditioneller, exportorientierter Industriestandort. Darum ist es so wichtig, verlässliche Perspektiven für die Arbeitnehmenden zu schaffen – auch über eine gute Landesarbeitsmarktpolitik. Dafür setzen wir uns ein.

Leider mussten wir auch in diesem Jahr in unseren Beratungen massive Verstöße gegen das Arbeitsrecht feststellen: kein Lohn im Krankheitsfall, nicht ausbezahlte Überstunden, Einschüchterungen vor Vertragsänderungen. Hier sind Aufsichtsbehörden wie die Gewerbeaufsicht oder die Berufsgenossenschaften gefragt, genauer hinzusehen und Betriebe bei Arbeitszeit- und Arbeitsschutzverstößen zu sanktionieren.

Und: Besonders in Zeiten, die von grundlegenden Veränderungen geprägt sind, bildet der Sozialstaat das Fundament für Demokratie. Deshalb haben wir gemeinsam mit dem DGB und der Arbeitskammer des Saarlandes Menschen in Deutschland zu Sozialstaat, Gesundheit, Pflege und Rente befragt. Wichtige Ergebnisse: Die Menschen setzen auf einen starken Sozialstaat, würden für mehr Sicherheit sogar höhere Beiträge in Kauf nehmen und wollen eben nicht auf eigenes Risiko für Alter, Krankheit oder Pflege vorsorgen.

Auch 2025 haben wir unsere Mitglieder, Betriebs- und Personalräte sowie Mitarbeitendenvertretungen umfangreich beraten und werden dies auch weiterhin tun.



Peter Kruse
Präsident der
Arbeitnehmerkammer Bremen

Peer Rosenthal
Hauptgeschäftsführer der
Arbeitnehmerkammer Bremen

Titelfoto:
Mitarbeiter*innen aus der Verwaltung

Inhalt

2	Vorwort / Inhalt
3	Auftrag und Praxis / Impressum
4	Kammerhaushalt
6	Unsere Bereiche
10	Rechtsberatung
13	Mitbestimmung und Technologie- beratung
16	Politikberatung
17	Wirtschafts- und Sozialakademie
18	Kooperationen
18	Kommunikation und Medien

Auftrag und Praxis

Unsere Mission*

- ▶ Wahrnehmung und Förderung des Gesamtinteresses der kammerzugehörigen Arbeitnehmenden, insbesondere ihrer wirtschaftlichen, beruflichen, sozialen oder die Gleichberechtigung der Geschlechter fördernden Belange im Einklang mit dem Allgemeinwohl,
- ▶ Maßnahmen zur Förderung und Durchführung der beruflichen sowie der allgemeinen und politischen Weiterbildung der Kammerzugehörigen zu treffen,
- ▶ Unterstützung des Senats, des Magistrats der Stadt Bremerhaven, der Behörden und Gerichte durch Anregungen, Vorschläge, Stellungnahmen und Gutachten.

* Aufgaben der Kammer (laut Gesetz über die Arbeitnehmerkammer im Lande Bremen)

Unsere Praxis

- ▶ **Beratung für Mitglieder**
Individuelle Beratung von der Rechts- und Steuerberatung bis zur Bildungsberatung.
- ▶ **Mitbestimmung und Technologieberatung**
Beratung von betrieblichen Interessenvertretungen zu Fragen der Mitbestimmung und der betrieblichen Organisations- und Personalentwicklung und des Insolvenzrechts.
- ▶ **Politikberatung**
Einflussnahme auf Politik, Fachressorts und Verwaltung bei politischen Entscheidungen durch Gutachten und Stellungnahmen sowie Veranstaltungen.

HERAUSGEBER

Arbeitnehmerkammer Bremen

Bürgerstraße 1, 28195 Bremen
Telefon 0421.3 63 01-0
info@arbeitnehmerkammer.de
www.arbeitnehmerkammer.de

Redaktion

Hanna Mollenhauer

Lektorat

Johannes Reinke

Gestaltung

GfG/Gruppe für Gestaltung GmbH,
Bremen

Fotografie

Jonas Ginter

Druck

Berlin Druck GmbH + Co KG
März 2026



BREMER JUGEND PREIS

Sonderpreis für Film „Die Anti-Diskriminierungsbrille“

2025 ist die Klasse 8d der Oberschule an der Schaumburger Straße von der Arbeitnehmerkammer Bremen beim Senatswettbewerb „Dem Hass keine Chance“ mit einem Sonderpreis über 500 Euro geehrt worden. Die Auszeichnung erhielten die Jugendlichen im Alter von 13 bis 14 Jahren für ihren Film „Die Anti-Diskriminierungsbrille“. Wer sie aufsetzt, hat den Durchblick und erkennt sofort sein falsches Handeln – beispielsweise gegenüber Menschen anderer Kulturen, Menschen mit Behinderung oder auch Förderschüler*innen.

Den Wettbewerb „Dem Hass keine Chance“ gibt es seit 1989. Teilnehmen können Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene aus Bremen und Bremerhaven. Mit der Vergabe des Sonderpreises will die Arbeitnehmerkammer junge Menschen ermutigen, sich gegen Ausgrenzung, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt einzusetzen.

Kammerhaushalt 2025

➔ Im Land Bremen sind alle Arbeitnehmenden, die in Bremen oder Bremerhaven ihren Arbeitsplatz haben, Mitglied der Arbeitnehmerkammer. Das Bremer Landesparlament hat die Kammer vor mehr als 100 Jahren als Körperschaft des öffentlichen Rechts eingerichtet. Mit ihren Einnahmen – sie stammen zum allergrößten Teil aus Mitgliedsbeiträgen – finanziert die Arbeitnehmerkammer die ihr vom Gesetzgeber übertragenen Aufgaben. Dazu gehört zum Beispiel die Beratung der politischen Gremien, also des Parlaments, des Senats oder Magistrats, der Behörden und Verwaltung – immer im Interesse der Mitglieder. Wie das konkret aussieht, dafür finden sich in diesem Heft viele Beispiele.

Hier geht es ums Geld. 2025 hat jedes Kammermitglied diese Einrichtung mit 0,12 Prozent seines Bruttolohns finanziert. Ab Januar 2026 sind es 0,11 Prozent. Wer 2.500 Euro brutto bekommt, zahlte im Jahr 2025 also drei Euro, ab 2026 sind es 2,77 Euro. Beschäftigte, die nicht mehr als 520 Euro im Monat verdienen oder Lohnersatzleistungen wie Arbeitslosen-, Kurzarbeiter- oder Krankengeld beziehen, zahlen keine Beiträge. Der Arbeitgeber zieht den Beitrag vom Gehalt seiner Beschäftigten ein und überweist ihn an das Finanzamt. Das Finanzamt leitet diese Beiträge nach Abzug einer Verwaltungsgebühr an die Arbeitnehmerkammer weiter. 2025 standen der Kammer nach der aktuellen Hochrechnung 18,7 Millionen Euro an Beiträgen für ihre Arbeit zur Verfügung. Hinzu kamen knapp 2,4 Millionen Euro, die sich aus Einnahmen durch Beratungsleistungen, Veranstaltungen, Mieteinnahmen sowie aus Zuschüssen und Zuwendungen zusammensetzten.

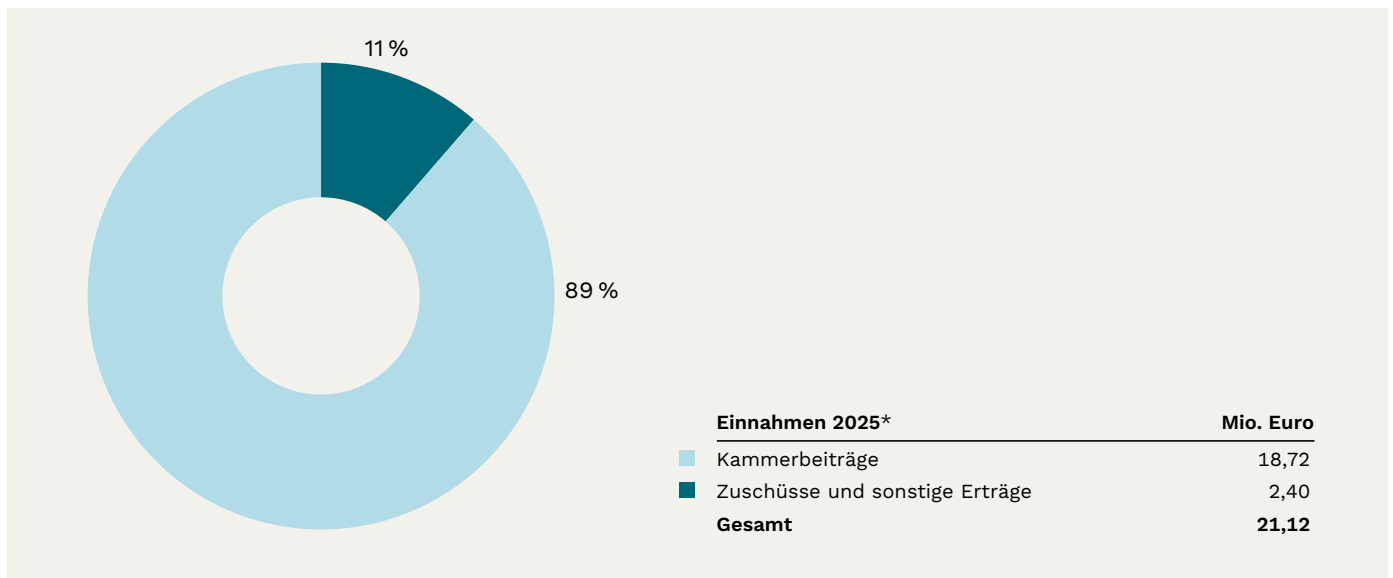
Die Arbeitnehmerkammer ist nicht nur für Politikberatung zuständig, ein erheblicher Teil der Einnahmen wird für individuelle Beratungsdienstleistungen verwendet. Hierzu gehören vor allem Rechts- und Steuerberatungen sowie berufliche und politische Weiterbildungsangebote. Hinzu kommen umfassende Beratungsangebote für Interessenvertretungen (Betriebsräte, Personalräte, Mitarbeitervertretungen, Frauenbeauftragte, Schwerbehindertenvertretung) in den Betrieben und Dienststellen.

Durch die wirtschaftliche und sparsame Haushaltsführung ist die Arbeit der Kammer auf einer soliden finanziellen Basis abgesichert. Aus der Grafik wird deutlich, in welche Bereiche wie viel Geld geflossen ist. Was wir konkret für unsere Mitglieder getan haben, lesen Sie auf den nächsten Seiten.

➔ WIR SIND FÜR SIE DA

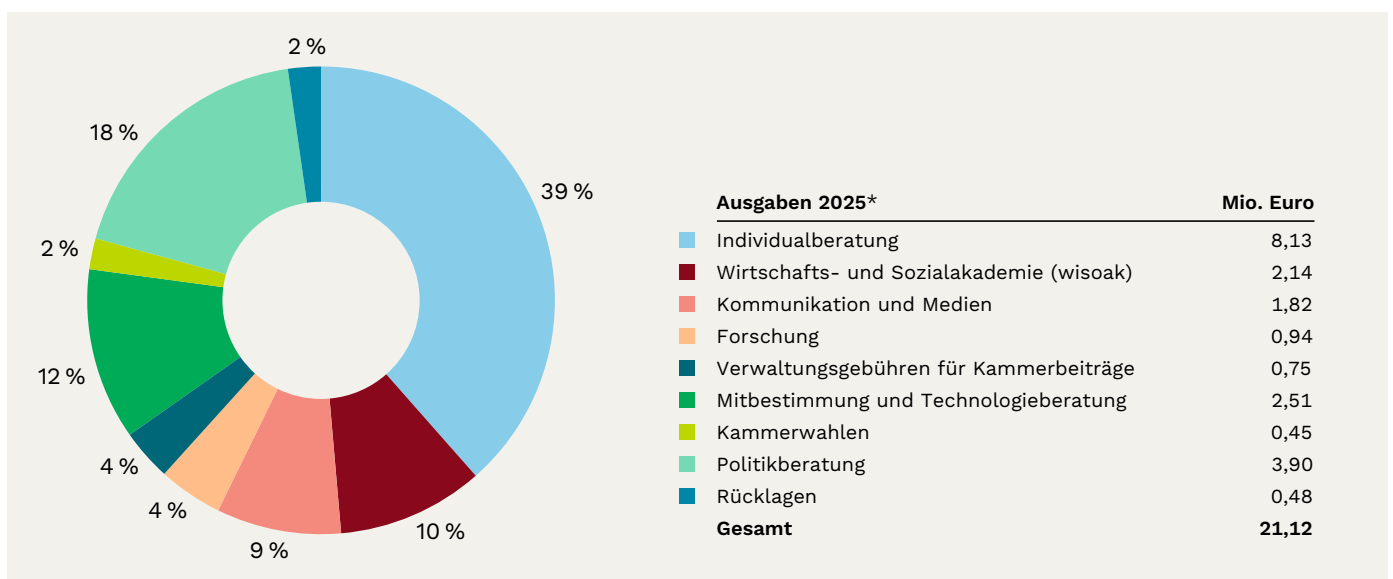
- ▶ 151 Mitarbeiter*innen
(95 weiblich, 56 männlich)
 - ▷ 109 in Bremen
 - ▷ 29 in Bremerhaven
 - ▷ 11 in Bremen-Nord
 - ▷ 2 beim Institut Arbeit und Wirtschaft (iaw)

Einnahmen (in Mio. Euro)



Hochrechnung (Stand: November 2025)

Ausgaben (in Mio. Euro)



Hochrechnung (Stand: November 2025)



Ob zu unbezahlten Überstunden, Kündigung und Ansprüchen auf Arbeitslosengeld oder dazu, was Beschäftigte tun können, wenn sie krank sind und der Arbeitgeber den Lohn nicht zahlt – **Ann-Kathrin Speckmann** berät über die ganze Bandbreite des Arbeitsrechts.

Aber auch in der öffentlichen Rechtsberatung, die die Kammer im Auftrag des Landes Bremen anbietet, unterstützt sie Bremer Bürger*innen – etwa zu Mieterhöhungen oder im Sozial- oder Kaufvertragsrecht.

Menschen, die an Maschinen oder auf dem Bau arbeiten, können eine Lärmschwerhörigkeit entwickeln. Beschäftigte in der Pflege haben oft „Rücken“ – also Muskel-Skelett-Erkrankungen. Fliesenleger oder Hafenarbeiter leiden häufiger unter Kniegelenksarthrose. Wenn der Verdacht auf eine Berufskrankheit besteht, hilft **Lars-Alexander Hirsch** bei der oft sehr umfangreichen und komplizierten Antragstellung, informiert zu Leistungen und unterstützt im Widerspruchsverfahren. Auch Ratsuchende mit Long Covid berät er zunehmend.

Rechtsberatung und Rechtspolitik

Die Arbeitnehmerkammer Bremen zählt für 2025 rund 87.026 Beratungen. Es gab massive Verstöße gegen das Arbeitsrecht.

➔ Rund 87.000 Beratungen hat die Arbeitnehmerkammer im vergangenen Jahr an ihren drei Standorten Bremen-Stadt, Bremen-Nord und Bremerhaven durchgeführt – davon allein rund 46.300 zum Arbeits- und Sozialversicherungsrecht. Die Bilanz zeigt unter anderem: Einige Betriebe nutzen das fehlende rechtliche Wissen sowie die oft prekäre Lebenssituation ihrer Beschäftigten teils schamlos aus. Ratsuchende erhalten zu wenig oder im schlimmsten Fall gar keinen Lohn. In einem Beratungsfall wurde ein Beschäftigter im Reinigungsgewerbe regelmäßig in mehreren Schichten hintereinander eingesetzt, sodass die tägliche Arbeitszeit 14 Stunden betrug. Dabei wurde er nicht einmal für alle Stunden bezahlt, sodass er am Ende weit weniger als den Mindestlohn erhielt.

In der Leiharbeit begegnen den Rechtsberater*innen der Arbeitnehmerkammer ebenfalls immer wieder Rechtsverstöße: So erhalten Beschäftigte falsche Abrechnungen, die nicht mit den tatsächlich geleisteten Arbeitszeiten übereinstimmen. Findet die Leiharbeitsfirma keinen Einsatz für die Mitarbeitenden, werden diese Nichteinsatzzeiten einfach nicht bezahlt. Wer seine Rechte geltend machen will, wird nicht selten eingeschüchtert und teilweise unter Druck gesetzt, einen Aufhebungsvertrag zu unterzeichnen.

Aus Sicht der Arbeitnehmerkammer sind die Aufsichtsbehörden wie die Gewerbeaufsicht oder die Berufsgenossenschaften gefragt, genauer hinzusehen und Betriebe bei Arbeitszeit- und Arbeitsschutzverstößen zu sanktionieren. Leiharbeitsfirmen müssen sich zudem für die gewerbliche Arbeitnehmerüberlassung eine Erlaubnis der Bundesagentur für Arbeit einholen, die nach einiger Zeit auch überprüft wird.

Zahl der Beratungen zu Kündigungen steigt

Beschäftigte in der Leiharbeit, aus dem verarbeitenden und dem Baugewerbe, dem Handel und dem Kfz-Gewerbe waren im vergangenen Jahr besonders vom Stellenabbau betroffen. Und auch in der Arbeitnehmerkammer hat die Zahl der

Beratungen zu arbeitgeberseitigen Kündigungen und Aufhebungsverträgen deutlich zugenommen – und zwar um knapp 12,7 Prozent auf 5.483 Beratungen. Beschäftigte sind dagegen wieder zurückhaltender, was einen Jobwechsel betrifft.

Besonders zugenommen (+ 26,6 %) hat im vergangenen Jahr die Zahl der Aufhebungsverträge, die durch den Arbeitgeber veranlasst wurden. Für Arbeitgeber sind Aufhebungsverträge von Vorteil, weil sie damit mögliche Kündigungsklagen vermeiden. Auch für Beschäftigte können sie positiv sein, wenn damit zum Beispiel Abfindungszahlungen verbunden sind. Eine Beratung vor Unterzeichnung ist jedoch in jedem Fall ratsam, ganz besonders, wenn keine Abfindung gezahlt wird. Denn beim Abschluss eines Aufhebungsvertrags droht in der Regel eine Sperrzeit beim Arbeitslosengeld.

Stark gestiegen: psychische Belastungen

Einen drastischen Anstieg gab es bei Beratungen zu psychischen Belastungen. 1.421 Beratungen gab es hier 2025 – ein Viertel mehr als im Vorjahr (+ 25,6 %). Ratsuchende berichten von zunehmendem Stress, Burnout und übermäßigen Belastungen. Hintergrund sind etwa Arbeitsverdichtung und daraus resultierende Konflikte am Arbeitsplatz mit Kolleg*innen oder direkten Vorgesetzten. Vor allem Beschäftigte aus den Branchen Erziehung, Pflege, Logistik und Spedition formulieren dabei gehäuft den Wunsch, komplett aus ihren Berufen auszusteigen und sich umzuorientieren.

Vermeehrt Auseinandersetzungen ums Krankengeld

Immer mehr Arbeitgeber versuchen zudem, der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall zu entgehen – vor allem dann, wenn die Arbeitsunfähigkeit im zeitlichen Zusammenhang mit einer Kündigung steht oder bei einer Erkrankung im oder nach dem Urlaub. Das Problem: Verweigert der Arbeitgeber die Lohnfortzahlung, zahlt auch die Krankenkasse häufig kein Krankengeld, obwohl dies gesetzlich vorgesehen ist. In diesen Fällen stehen die Ratsuchenden mit leeren Händen da – das ist für viele eine finanzielle Katastrophe.

Öffentliche Rechtsberatung: 50-jähriges Jubiläum

Die öffentliche Rechtsberatung, die die Kammer im Auftrag des Landes für Bürger*innen mit geringem Einkommen durchführt, hat 2025 ihr 50-jähriges Bestehen gefeiert. Damit gibt es seit einem halben Jahrhundert ein verlässliches, niedrigschwelliges und nahezu barrierefreies Unterstützungsangebot, das für viele eine unverzichtbare Hilfe darstellt. Im Jahr 2025 wurden an den drei Standorten der Arbeitnehmerkammer 10.905 Beratungen in der öffentlichen Rechtsberatung durchgeführt.

Mit 2.477 Beratungen gab es erneut viele Fragen zum Mietrecht – dabei spielten Mieterhöhungen eine große Rolle. Diese entsprachen oft nicht den gesetzlichen Anforderungen und waren lediglich mit der allgemeinen Preissteigerung begründet. Zugenommen haben auch Anfragen zu Kündigungen aufgrund von Eigenbedarf oder wegen ausgefallener Mietzahlungen. Dies bedeutet für Betroffene vor dem Hintergrund des angespannten Wohnungsmarkts eine Extremsituation.

Steuerberatung: Klassiker und Neues

Im Jahr 2025 wurden 29.409 Beratungen durchgeführt, darauf entfielen 25.570 Steuererklärungen. Neben der Erstellung der Einkommensteuererklärung waren Klassiker wie die Wahl der Steuerklasse oder der Wechsel in eine andere Steuerklasse gefragt. Neu – auch aufgrund von gestiegenen Verbrauchskosten – erreichten die Berater*innen Anfragen zu energetischen Sanierungen. Weitere Themen waren die Berücksichtigung von Kindern sowie Nachfragen zur „Aktivrente“.

Berufskrankheiten: Muskel-Skelett-Erkrankungen mit Abstand am häufigsten

Die Arbeitnehmerkammer hat 264 Beratungen zu Berufskrankheiten durchgeführt. Der größte Anteil fiel dabei auf die Beratungen zum Verdacht auf eine Berufskrankheit und die damit verbundene oft sehr umfangreiche und komplizierte Antragstellung. Belastungen im Nachhinein über ein ganzes Berufsleben zu dokumentieren, ist für Betroffene allein kaum machbar – deshalb ist die Hilfe bei der Antragstellung so wichtig und stark nachgefragt. Darüber hinaus ist auch die Anzahl der Ratsuchenden mit psychischen Beschwerden gestiegen. Diese werden (noch) nicht als Berufskrankheit anerkannt, sodass hierbei häufig nur der Verweis auf andere Versorgungsmöglichkeiten (Schwerbehinderung) beziehungsweise die Arbeitsrechtsberatung möglich ist.

Beratung zu Weiterbildung: Unterstützung beim Neustart

In der Weiterbildungsberatung der Arbeitnehmerkammer Bremen wurden insgesamt 174 Personen beraten und 191 Beratungen durchgeführt. Wie auch schon in den vergangenen Jahren stiegen der Bildungsgrad und die berufliche Qualifikation der Ratsuchenden weiter an. Die am häufigsten vertretenen Berufsbranchen waren der Verwaltungsbereich und das Sozialwesen. Gerade im Sozial- und Gesundheitswesen zeigt sich eine Überlastung der Arbeitskräfte durch den Fachkräftemangel. Häufiger als in den Jahren zuvor war der Wunsch nach einem Arbeitsplatz- oder gar Branchenwechsel. Hier wünschten sich die Ratsuchenden häufig Weiterbildungen oder Spezialisierungsfortbildungen, um im Bewerbungsprozess bessere Chancen zu haben.

➔ WIR SIND FÜR SIE DA

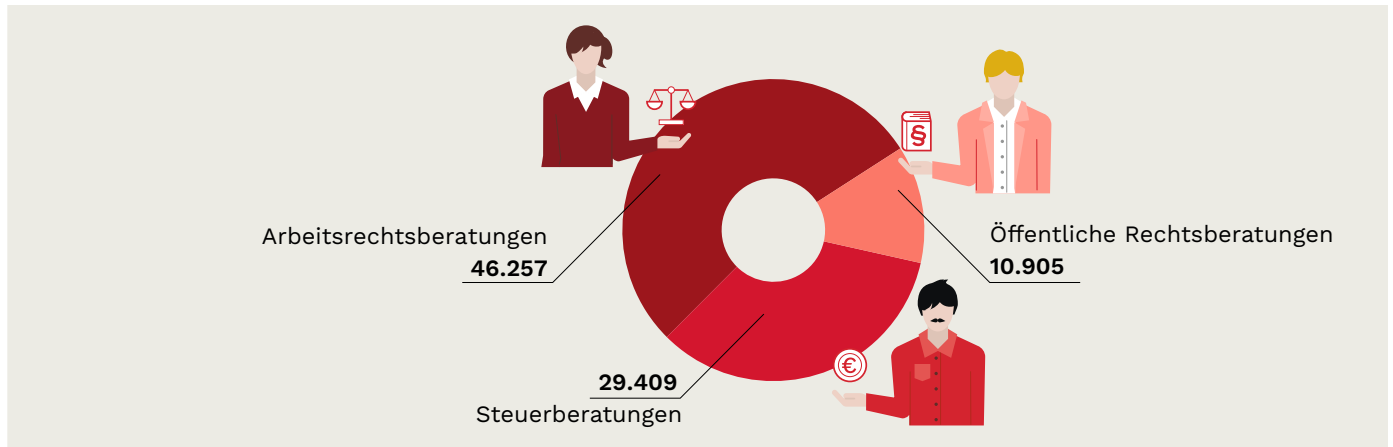
- ▶ 49 Mitarbeiter*innen
(31 weiblich, 18 männlich)
 - ▷ 28 in Bremen
 - ▷ 6 in Bremen-Nord
 - ▷ 15 in Bremerhaven
- ▶ 1 Leiterin, 1 stellvertretende Leiterin, 1 Assistentin, 5 Sachbearbeiterinnen, 1 Sachbearbeiter, 11 Rechtsberaterinnen, 11 Rechtsberater, 10 Steuerberaterinnen, 6 Steuerberater, 1 Berater für Berufskrankheiten, 1 Beraterin für Weiterbildung

➔ BERATUNGEN IM JAHR 2025

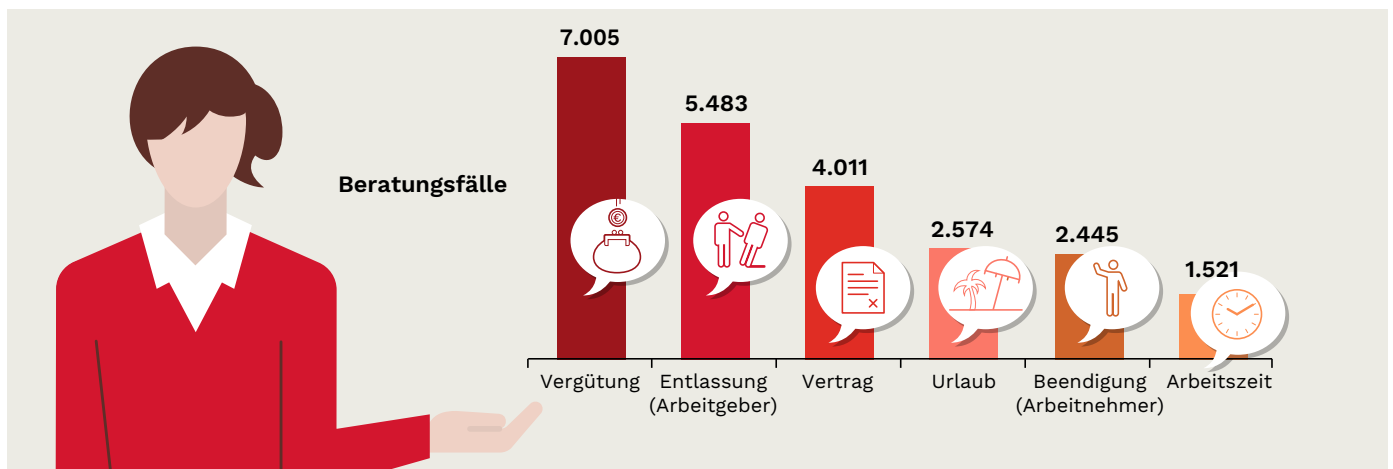
- ▶ 87.026 Beratungen
 - ▷ 46.257 Arbeits- und Sozialrechtsberatungen
 - ▷ 29.409 Steuerrechtsberatungen (gesamt), davon 25.570 Steuererklärungen
 - ▷ 10.905 öffentliche Rechtsberatungen
 - ▷ 264 Berufskrankheitenberatungen
 - ▷ 191 Weiterbildungsberatungen

Beratungsbilanz 2025

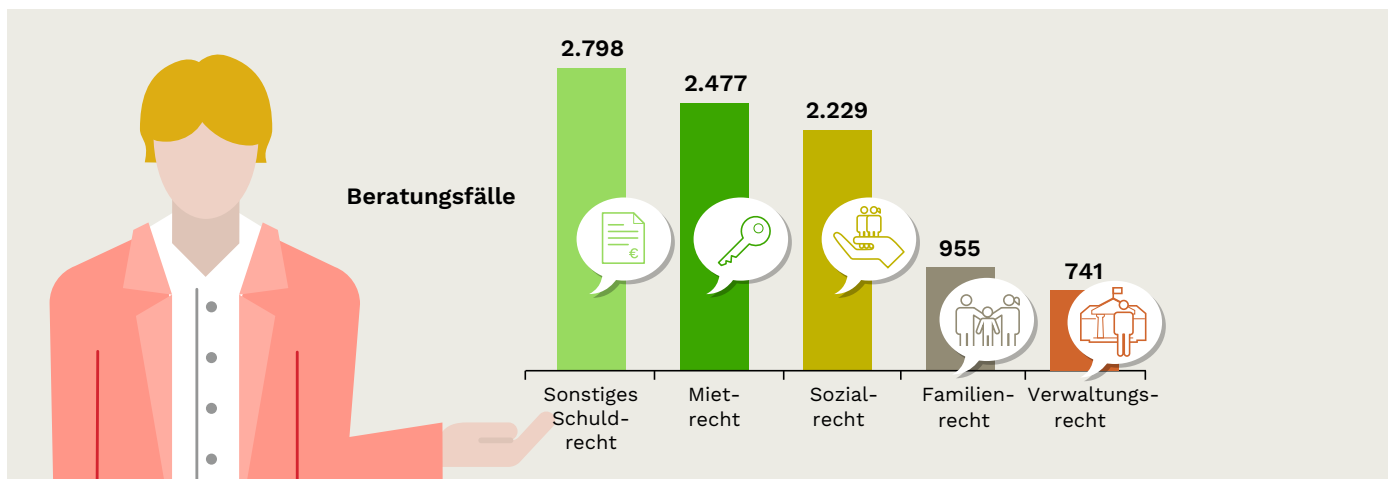
Rechts- und Steuerberatungen 2025



Arbeitsrechtsberatung

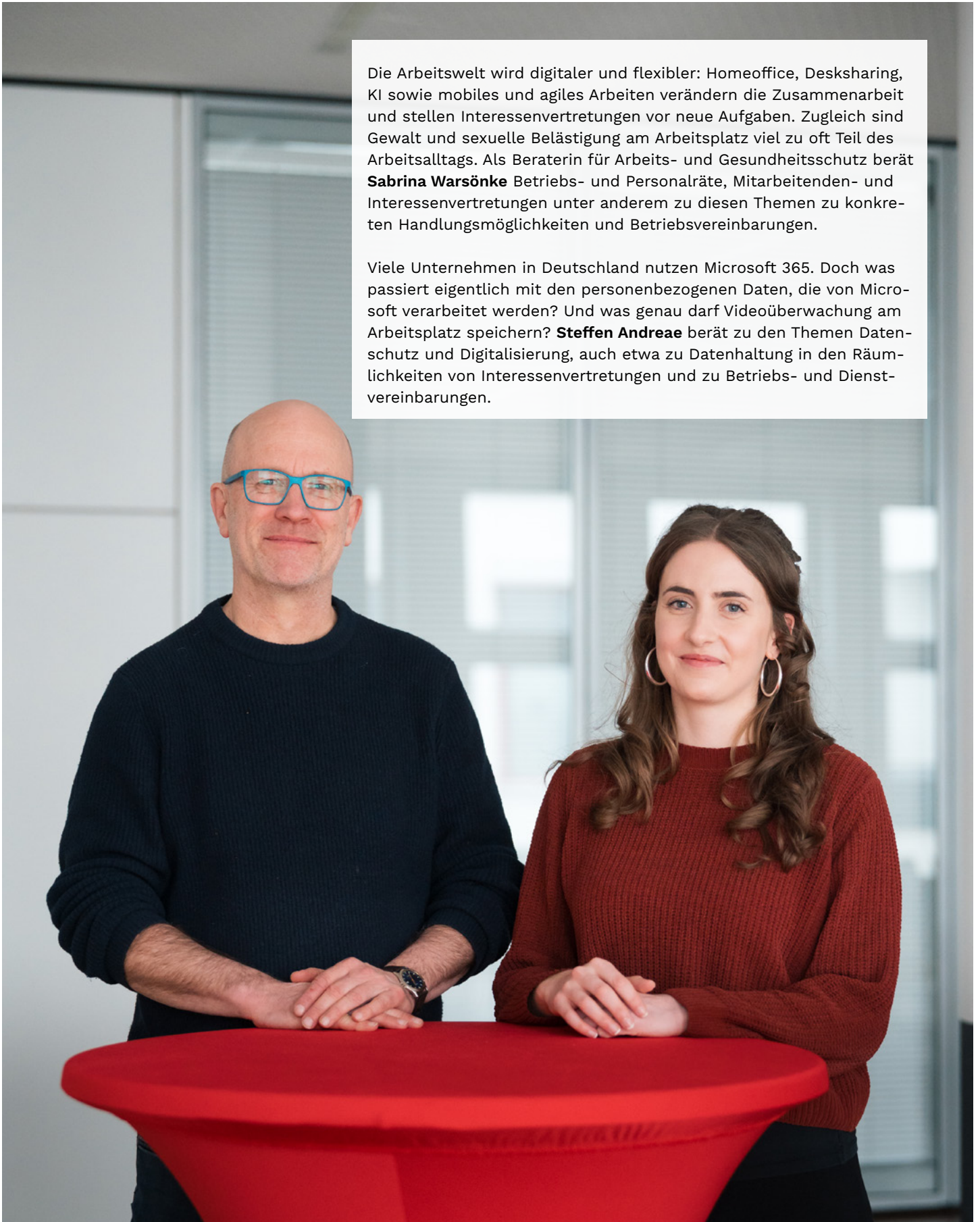


Öffentliche Rechtsberatung



Die Arbeitswelt wird digitaler und flexibler: Homeoffice, Desksharing, KI sowie mobiles und agiles Arbeiten verändern die Zusammenarbeit und stellen Interessenvertretungen vor neue Aufgaben. Zugleich sind Gewalt und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz viel zu oft Teil des Arbeitsalltags. Als Beraterin für Arbeits- und Gesundheitsschutz berät **Sabrina Warsönke** Betriebs- und Personalräte, Mitarbeitenden- und Interessenvertretungen unter anderem zu diesen Themen zu konkreten Handlungsmöglichkeiten und Betriebsvereinbarungen.

Viele Unternehmen in Deutschland nutzen Microsoft 365. Doch was passiert eigentlich mit den personenbezogenen Daten, die von Microsoft verarbeitet werden? Und was genau darf Videoüberwachung am Arbeitsplatz speichern? **Steffen Andreae** berät zu den Themen Datenschutz und Digitalisierung, auch etwa zu Datenhaltung in den Räumlichkeiten von Interessenvertretungen und zu Betriebs- und Dienstvereinbarungen.



Mitbestimmung und Technologieberatung

Das Team der Abteilung Mitbestimmung und Technologieberatung unterstützt Interessenvertretungen im Land Bremen mit Beratung rund um die Themen der Arbeit von Betriebsräten, Personalräten, Mitarbeitenden- und Schwerbehindertenvertretungen, Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten, Wirtschaftsausschüssen sowie Jugend- und Auszubildendenvertretungen.

➔ Auch im Jahr 2025 haben wir die Relevanz der Mitbestimmung für unsere Demokratie in Veranstaltungen thematisiert. In einer Kooperationsveranstaltung mit der Wirtschafts- und Sozialakademie haben wir mit Betriebs- und Personalräten Maßnahmen und Ideen diskutiert, wie die Demokratie am Arbeitsplatz gestärkt werden kann und welche Strategien gegen rechtsextreme Einflüsse im Betrieb wirken. In der Bürgerschaft diskutierten im Dezember bei unserer Veranstaltung „Politik meets Betrieb“ Betriebs- und Personalräte im direkten Gespräch mit Politiker*innen die Ergebnisse der Beschäftigtenbefragung der Arbeitnehmerkammer zu den Einstellungen der Beschäftigten zur Demokratie.

Thema Plattformökonomie

Vor dem Hintergrund der bundesweiten Standortschließungen von „Lieferando“, von denen auch der Standort Bremen betroffen ist, haben wir in einer Diskussionsveranstaltung die politischen Möglichkeiten zur Regulierung dieser Branche unter anderem durch die Ausgestaltung der EU-Plattformrichtlinie thematisiert und Wege dazu aufgezeigt.

Gewalt am Arbeitsplatz

Als neues Beratungsfeld haben wir das Thema Gewalt und sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz in unser Portfolio im Bereich Arbeits- und Gesundheitsschutz aufgenommen. Bereits die erste von uns zum Thema durchgeführte Veranstaltung war innerhalb kurzer Zeit ausgebucht. Im Nachgang der Veranstaltung sind die Anfragen zu Vorträgen zum Thema auf Betriebs- und Personalversammlungen in die Höhe geschossen. Das unterstreicht (leider), dass sexuelle Belästigung und Gewalt in Betrieben keine Randerscheinung sind. Gleichzeitig werden diese Themen immer noch tabuisiert oder heruntergespielt. Betroffene werden alleingelassen und wissen nicht, an wen sie sich wenden können. Menschen, die sexuelle Belästigung erleiden, befinden sich häufig in prekären Arbeitsbeziehungen.

Betriebsratswahlen und Nachwuchsgewinnung

Im Frühjahr 2026 stehen Betriebsratswahlen an und beschäftigen uns bereits im Jahr 2025. Der demografische Wandel – die Babyboomer scheiden aus dem Arbeitsleben aus – erreicht selbstverständlich auch die Gremien. Nachwuchs für das Ehrenamt des Betriebsrats zu gewinnen, ist noch nie einfach gewesen, unter diesen Bedingungen allerdings besonders erschwert. Daher haben wir ab Herbst 2025 einen Schwerpunkt auf die Unterstützung der Gremien bei der Nachwuchsgewinnung gelegt.

Wir haben mit „Wanted“ ein Veranstaltungsformat neu konzipiert, in dem Gremien sich über erfolgreiche Formen der Nachwuchsgewinnung austauschen konnten und ihnen Ideen mitgeben, wie sie Kolleg*innen für das Amt gewinnen können. Für Menschen, die bereits über eine Betriebsratskandidatur nachdenken, haben wir Informationsveranstaltungen über die damit einhergehenden Rechte und Pflichten angeboten.

Mit unterschiedlichen Veröffentlichungen möchten wir Menschen für die Betriebsratsarbeit interessieren. So haben im Bremer Arbeitnehmer Magazin 2025 zwei amtierende Interessenvertretungen über ihre Erfahrungen im Amt und darüber, was sie für die Betriebsratsarbeit motiviert und mit welchen Herausforderungen sie konfrontiert sind, berichtet. Für die sozialen Medien haben wir kurze Videos mit Betriebsräten gedreht, in denen diese zur Wahl aufrufen und ebenfalls über ihre Erfahrungen als Gremiumsmitglieder erzählen. Wir hoffen, über diese Kanäle besonders junge Menschen zu erreichen und sie für die Arbeit in einem Betriebsratsgremium zu begeistern.

Juristische Themenschwerpunkte

In unserer Veranstaltungsreihe „Recht praktisch“ haben wir praxisrelevante Rechtsthemen für Betriebs- und Personalräte in Bremen und Bremerhaven aufbereitet. Dauerbrenner in der juristischen Beratung waren auch in diesem Jahr erneut die Themen Arbeitszeit und Urlaubsrecht, und zwar jeweils vor dem Hintergrund veränderter Rechtsprechung.

Austauschformate

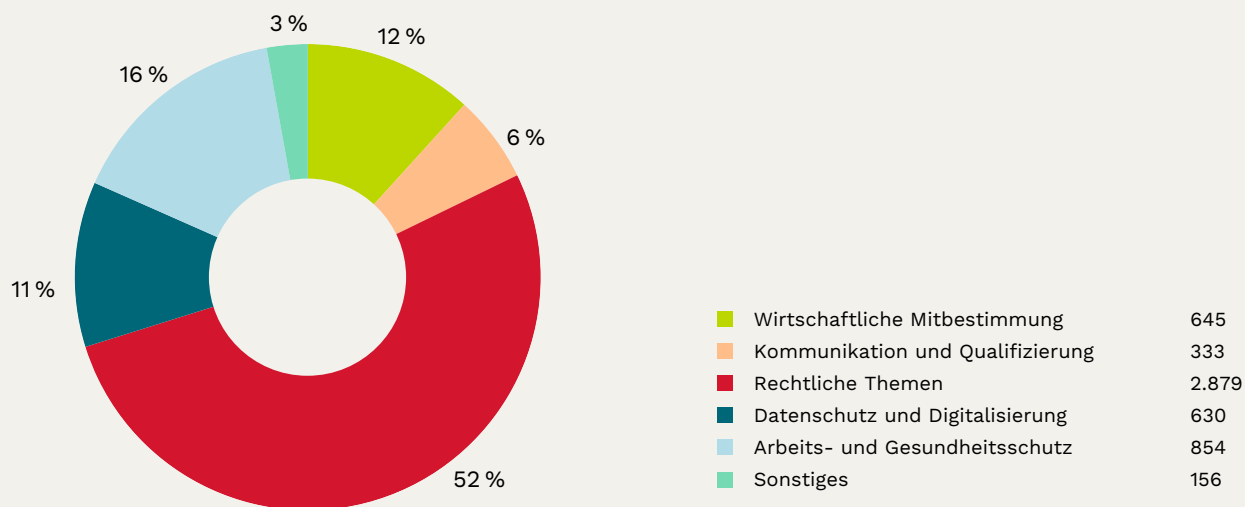
Unsere verschiedenen Austauschformate für BEM-Beauftragte, Schwerbehindertenvertretungen und Mitarbeitendenvertretungen sind weiterhin sehr beliebt und gut besucht. Der – von uns durch fachlichen Input und Moderation begleitete – Erfahrungsaustausch von Interessenvertretungen, die am gleichen Thema arbeiten, ist ein wichtiger Baustein für gute Gremienarbeit. Die Teilnehmenden profitieren von den Praxistipps und Erfahrungswerten.

Nach einer Pause haben wir das Austauschformat für Vorsitzende von Gremien im Jahr 2025 wieder aufgenommen. Vorsitzende haben in dieser Runde die Möglichkeit, sich über ihre spezifischen Erfahrungen als Quasi-Führungskräfte auszutauschen und voneinander zu lernen.

Weitere Beratungsbereiche

Im Bereich Datenschutz fanden mehrere Workshops und Veranstaltungen unter anderem zu Grundlagen und zum Datenschutz in den Büros der Interessenvertretungen selbst statt. Im Arbeits- und Gesundheitsschutz sind die Gefährdungsbeurteilung psychische Belastung und das Betriebliche Eingliederungsmanagement (BEM) nach wie vor stark nachgefragte Beratungsthemen. Das zeigt, dass es immer noch viele Fragen bei der Implementierung und Umsetzung der Instrumente gibt, obwohl sie schon viele Jahre gesetzlich vorgegeben sind.

Leistungsbilanz 2025 – unsere Themenfelder Mitbestimmung und Technologieberatung



→ WIR SIND FÜR SIE DA

- ▶ 18 Mitarbeiter*innen (10 weiblich, 8 männlich)
- ▶ 1 Leiterin, 1 stellvertretende Leiterin, 5 Referentinnen, 8 Referenten, 2 Sachbearbeiterinnen, 1 Assistentin

→ UNSERE LEISTUNGEN

- ▶ 3.568 Beratungen in 2.262 Gremien
- ▶ 61 Veranstaltungen mit 1.224 Teilnehmenden
- ▶ 47 Fachvorträge vor insgesamt 3.519 Teilnehmenden

→ PUBLIKATIONEN

- ▶ 10 Newsletter mit 31 Beiträgen

Politikberatung

Die Interessen unserer Mitglieder gegenüber der Politik zu vertreten – das ist die Aufgabe der Politikberatung. Wir nehmen Stellung zu Gesetzesvorhaben, Verordnungen und Programmen, analysieren wirtschaftliche, soziale, ökologische sowie bildungsbedingte Herausforderungen und setzen uns nachdrücklich für die Gleichstellung der Geschlechter, die Antidiskriminierung von Arbeitnehmenden sowie die Integration von Menschen mit Migrationsgeschichte im Land Bremen ein. Dafür leitet unsere Abteilung Erhebungen in die Wege, blickt auf statistische Daten und wendet sich insbesondere mit Fachgesprächen, Veranstaltungen, Kurzformaten (wie dem KammerKompakt) sowie Beiträgen in den sozialen Netzwerken vor allem an die Zielgruppe der Politiker*innen.

➔ Gesellschaft und Wirtschaft sind weiterhin mit den Herausforderungen der Transformation sowie den Nachwirkungen multipler Krisen konfrontiert – das gilt auch und gerade für das Land Bremen als traditioneller, exportorientierter Industriestandort. Die bereits stattfindenden sowie zukünftigen Umwälzungsprozesse in den Betrieben müssen einerseits einem klaren ökologischen Pfad folgen und andererseits mitunter flankiert werden. Kurz gesagt: Es geht darum, verlässliche Perspektiven für die Arbeitnehmenden zu schaffen. Zur Flankierung gehört eine handlungsfähige Landesarbeitsmarktpolitik sowie gleichermaßen ein funktionierender Sozialstaat, der eine Absicherung verbindlich gewährleistet.

Doppelhaushalt – positive Akzente für den Arbeitsmarkt erkennbar

Stichwort Landesarbeitsmarktpolitik: Mit Blick auf den Eckwertbeschluss des Senats für den Doppelhaushalt 2026/2027 waren die intensiven Bemühungen der Arbeitnehmerkammer erfolgreich, denn positive landespolitische Akzente sind vor allem in der Landesarbeitsmarktpolitik erkennbar. Hier wurden die Mittel mit 19 Millionen Euro pro Jahr deutlich aufgestockt und die Grundlage geschaffen, die Landesarbeitsmarktpolitik fortzusetzen – ein wichtiges Signal gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten. Auch die Stärkung der Wohnraumförderung ist ausdrücklich zu begrüßen, gerade vor dem Hintergrund der Mietpreisentwicklung, die sich in den vergangenen Jahren von der Lohnentwicklung zunehmend abgekoppelt hat. Ebenfalls positiv zu bewerten ist die Erhöhung des Bildungsetats, da damit Investitionen in den Nachwuchs abgesichert werden. Darüber hinaus wurden jedoch auch Spar- und Sanierungsnotwendigkeiten überaus deutlich. Ein Wermutstropfen ist zum Beispiel die Abschaffung der Praxisintegrierten Ausbildung (PiA) im Erziehungsbereich – im Koalitionsvertrag eigentlich mit dem Ziel des Ausbaus versehen. Vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels in den Kitas ist dies mehr als bedauerlich.

Transformation – klimaneutral und mit klarer Perspektive für die Beschäftigten gestalten

Die Klimakrise schreitet spürbar voran, entsprechend muss die Klimapolitik wieder ganz oben auf die politische Agenda. Um dieser Priorisierung Nachdruck zu verleihen, führte die Arbeitnehmerkammer Bremen zusammen mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) sowie elf weiteren Sozial-, Wohlfahrts- und Umweltverbänden die erste Bremer Transformationskonferenz im Festsaal der Bremischen Bürgerschaft mit knapp 200 Teilnehmenden und prominenten Rednerinnen wie Yasmin Fahimi und Carla Reemtsma durch. Darüber hinaus verfassten die genannten Partner im Vorfeld eine gemeinsame Erklärung. Der Tenor: Längst beschlossene Klimaziele dürfen nicht infrage gestellt, stattdessen muss der Umbau hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft mit Nachdruck vorangetrieben werden. Dies wird aber nur dann gelingen, wenn die Transformation sozial gerecht und mit klarer Perspektive für die Beschäftigten gestaltet wird. Die Bremer Klimaziele (Klimaneutralität bis zum Jahr 2038) müssen daher unbedingt eingehalten und ein sozial gestaffeltes Klimageld eingeführt werden. Darüber hinaus müssen unter anderem die Dekarbonisierung der bremischen Industrie konsequent sowie mitbestimmt vorangetrieben und die Weiterbildungskultur sowie der Arbeitsschutz in allen Betrieben gestärkt werden. Nur so können wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit, Wohlstand, gute Arbeit und ökologische Verantwortung zusammen gedacht und praktisch umgesetzt werden.

Sozialstaat – verbindliche, umfassende und solidarische Absicherung gewährleisten

Besonders in Zeiten, die von grundlegenden Veränderungen geprägt sind, bildet der Sozialstaat das Fundament für Demokratie. Er bietet Sicherheit sowie Zusammenhalt und ermöglicht den Menschen ein selbstbestimmtes Leben. Vor dem Hintergrund der aktuell stattfindenden tiefgreifenden Transformationsprozesse brachte die Arbeitnehmerkammer zusammen

mit dem Bundesvorstand des DGB sowie der Arbeitskammer des Saarlandes erstmals eine Befragung auf den Weg, in deren Rahmen grundlegende Positionen zum Sozialstaat und zu den Themen Gesundheit, Pflege und Rente erhoben wurden. An der repräsentativen Befragung, die durch ein etabliertes Meinungsforschungsinstitut durchgeführt wurde, nahmen 3.000 Personen deutschlandweit teil. Wichtige Ergebnisse: Die Menschen in Deutschland wollen eine verbindliche, umfassende und solidarische Absicherung. Sie setzen auf einen starken Sozialstaat, würden für mehr Sicherheit sogar höhere Beiträge in Kauf nehmen und wollen eben nicht auf eigenes Risiko für Alter, Krankheit oder Pflege vorsorgen. Auch wie die soziale Sicherung gestaltet sein soll, ist für die Befragten, die für eine verbindliche Vorsorge sind, eine klare Sache: Eine deutliche Mehrheit – über 70 Prozent – bevorzugt ein Sicherheitsnetz durch öffentliche Institutionen, etwa Sozialversicherungen. Nur sehr wenige würden dafür vor allem auf private Unternehmen setzen. Die Befragung wird im Jahr 2026 fortgesetzt, die Ergebnisse werden voraussichtlich im April veröffentlicht.

Kulturveranstaltungen



KammerKompakt/ KammerFokus



Publikationen



→ UNSERE LEISTUNGEN (AUSZUG)

- ▶ 16 Veranstaltungen in Bremen und Bremerhaven
- ▶ 84 Kulturveranstaltungen inklusive Ausstellungen
- ▶ 1 Workshop
 - ▷ „Recht in Ausbildung, Arbeit und Alltag“
- ▶ 3 Fachtage und -gespräche
 - ▷ „Weiterbildung in der Autoindustrie“
 - ▷ „Zugewanderte Pflegekräfte im Land Bremen“
 - ▷ „Ich pflege wieder, weil ...“
- ▶ 4 Stellungnahmen
 - ▷ Angebotsreduzierungen Sprach- und Integrationskurse
 - ▷ Bremer Weg zum kosteneffizienten und zukunftsfähigen Bauen
- ▶ 19 KammerKompakt/KammerFokus
 - ▷ Soziale Strompreise in der Energiewende
 - ▷ Faire Haltelinie: Das Rentenniveau
 - ▷ Zugewanderte Pflegepersonen im Land Bremen
 - ▷ Schutz vor sexualisierter Gewalt und Belästigung am Arbeitsplatz
 - ▷ Perspektiven der öffentlich geförderten Beschäftigung in Bremen
 - ▷ Luft- und Raumfahrt
 - ▷ Digitalisierung
 - ▷ Armut steigt bei Familien und Älteren
 - ▷ Frauen auf dem Arbeitsmarkt
 - ▷ Frauen in der Wissenschaft
 - ▷ Pflege in Bremen
 - ▷ Ausbildung stärken, Unterstützung verbessern
 - ▷ Inklusion auf dem Arbeitsmarkt
- ▶ 1 Gesundheitsinfo
 - ▷ Burnout – ausgebrannt
- ▶ 4 Publikationen
 - ▷ Bericht zur Lage
 - ▷ Koordinaten der Arbeit – Befragung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern 2025
 - ▷ Wohnungspolitik und Wohnsituation
 - ▷ Sozialstaatsradar 2025
- ▶ 6 gemeinsame Publikationen mit der Arbeitskammer des Saarlandes
 - ▷ Positionspapier zur Arbeitszeit
 - ▷ Stärkung der Pflegekompetenz
 - ▷ Stärkung der Tarifautonomie
 - ▷ Stabilisierung des Rentenniveaus und vollständige Gleichstellung der Kindererziehungszeiten
 - ▷ Pflegeberufbeteiligungsverordnung
 - ▷ Einführung einer bundeseinheitlichen Pflegefachassistentenausbildung

→ WIR SIND FÜR SIE DA

- ▶ 24 Mitarbeiter*innen
(13 weiblich, 11 männlich)
- ▶ 1 Leiter, 1 stellvertretende Leiterin, 1 Assistentin,
9 Referentinnen, 9 Referenten,
2 Sachbearbeiterinnen, 1 Sachbearbeiter



Der Anteil der zugewanderten Beschäftigten im Bereich Pflege und Gesundheit ist in den vergangenen Jahren stark gestiegen, auch bei den Auszubildenden. Da die Abbruchquoten hier hoch sind, hat sich **Greta-Marleen Storath** – Referentin für Gesundheits- und Pflegepolitik – 2025 damit beschäftigt, welche Unterstützung es braucht: etwa eine vorbereitende Phase vor allem zum Spracherwerb, aber auch sozialpädagogische Begleitung während der Ausbildung – eine wichtige Rolle spielt hier auch das Beratungsangebot „Pflegeausbildung – bleib dran“.

Was die Entwicklungen der Bundes- und Landeshaushalte konkret für das Land Bremen bedeuten, das analysiert **Kevin Rösch**, Referent für Finanz- und Wirtschaftspolitik. Das Infrastruktursondervermögen etwa wird Bremen im ersten Schritt zum Beispiel für die Sanierung von Spiel- und Sportplätzen, von Sanitäranlagen in Schulen, von Häfen, öffentlichen Gebäuden, Straßen und Radwegen einsetzen. Rösch beschäftigt sich außerdem mit der Lohnentwicklung und dem Niedriglohnsektor und hat 2025 an der Stellungnahme zum Bundestariftreuegesetz mitgearbeitet.

Wirtschafts- und Sozialakademie

Wirtschafts- und Sozialakademie (wisoak)

➔ Auch 2025 erfüllte die Wirtschafts- und Sozialakademie der Arbeitnehmerkammer Bremen gGmbH an ihren Standorten in Bremen-Hastedt, Bremen-Vegesack, Bremerhaven und in der Bildungsstätte Bad Zwischenahn den Auftrag der Arbeitnehmerkammer Bremen, Bremer und Bremerhavener Beschäftigten ein leistungsstarkes Qualifizierungs- und Bildungsprogramm zur Verfügung zu stellen.

Die wisoak bietet mehrtägige Bildungszeiten in den Bereichen politische Bildung und Gesundheitsförderung, Wochenendkurse, berufsbegleitende Qualifizierungen im kaufmännischen Bereich, Aufstiegsfortbildungen mit anerkannten Abschlüssen sowie Erstausbildungen und Umschulungen in Präsenz. Die Schwerpunkte sind Wirtschaft und Management, Politik und Kultur, Gesundheit und Soziales und digitale sowie sozialökologische Transformation.

Dabei entwickelt die wisoak ihr Angebot ständig weiter und passt es an aktuelle Bedarfe an. So haben 2025 etwa am Standort in Bremerhaven Teilnehmer*innen den Lehrgang zum* zur Industriemeister*in IHK erstmalig in Vollzeit abgeschlossen. In Bremen-Hastedt fanden zum ersten Mal Kurse zum Thema KI und Raspberry statt. Auch für 2026 sind neue Kurse geplant. Die Pflegeschule in Bremen hat 2025 wieder einen Jahrgang der Ausbildung zur examinierten Pflegefachkraft gestartet. Und auch die Berufsfachschule für Sozialassistenten (BFS) der wisoak hat 2025 in Bremerhaven zwei Jahrgänge erfolgreich durch die Abschlussprüfung gebracht und einen neuen Durchlauf gestartet.

Die wisoak ist auch im Jahr 2025 als Träger und Kooperationspartner unterschiedlichster Projekte in Erscheinung getreten. Im Kontext des mit 9,7 Millionen Euro geförderten und im Juli 2023 gestarteten BMFTR-Verbundprojekts „RessourcenEntwicklung in Dienstleistungsarbeit“ (kurz: RessourcE) wurden nach einer ausführlichen Bedarfserhebungsphase bei den Praxispartnern des Projekts erste Unterstützungsangebote

durchgeführt. Zu nennen wären hier etwa ein Workshop zur partizipativen Gestaltung von Dienstbesprechungen in der stationären Pflege sowie das bereits etablierte zweitägige Seminarformat zum Thema Diversity, das für das erweiterte Netzwerk frei zugänglich ist. Öffentlichkeitswirksame Veranstaltungsformate wie der Regionaldialog sowie die Jahrestagung von RessourcE wurden erfolgreich mit Gästen aus Praxis, Wissenschaft und Politik durchgeführt. Die Website des Projekts wurde relaunched und das Netzwerk um weitere assoziierte Partner ausgebaut. Leitziel ist der Aufbau und die Verstärkung eines Kompetenzzentrums mit dem Namen RessourcE, das eine zukunftsgerechte und nachhaltige Gestaltung von „Einfacharbeit“ in Dienstleistungen in der Nordwest-Region anstrebt (Einfacharbeit = Tätigkeiten ohne formale berufliche Qualifikationsvoraussetzungen).

In Zusammenarbeit mit der Arbeitnehmerkammer Bremen hat die wisoak das Projekt „Mitmachen in der digitalen Welt“ gestartet, ein Bildungsangebot zu digitaler Grundbildung. In dem Projekt werden mithilfe praxisnaher Workshops Arbeitnehmende aus dem Land Bremen angesprochen, die sich unsicher im Umgang mit Internet, Smartphone & Co fühlen. Das Besondere: In einer Kombination aus Veranstaltungen, die an den Standorten der wisoak stattfinden und aufsuchender Weiterbildung in den Quartieren und Institutionen gibt die wisoak den Teilnehmenden das richtige Werkzeug an die Hand, um sich digital zurechtzufinden.

Das Mitte 2023 von der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz und der Arbeitnehmerkammer Bremen gestartete und geförderte Projekt „Pflegeausbildung – bleib dran“ wurde weitergeführt und wird auch 2026 fortgesetzt. Die wisoak ist Projektträgerin. Das Projekt soll die Quote derer senken, die eine begonnene Ausbildung in einem Pflegeberuf abbrechen möchten.

Die wisoak hat in diesem Jahr erstmalig in Kooperation mit der Technikerschule Bremen den Kurs „elektrotechnisch unterwiesene Person“ durchgeführt.

➔ www.wisoak.de

➔ WIR SIND FÜR SIE DA

➤ 40 Mitarbeiter*innen

➔ UNSERE LEISTUNGEN

- 5.540 Teilnehmende
- 517 Weiterbildungsveranstaltungen
- 28.300 Unterrichtsstunden (Stand: 11/25)

Kooperationsbereich Universität – Arbeitnehmerkammer

Institut Arbeit und Wirtschaft (iaw)

➔ Das Institut Arbeit und Wirtschaft ist ein sozial- und wirtschaftswissenschaftliches Forschungsinstitut in gemeinsamer Trägerschaft der Universität Bremen und der Arbeitnehmerkammer Bremen. Im Mittelpunkt der Arbeit des Instituts steht die arbeitnehmendenorientierte Forschung. Schwerpunkte aller Aktivitäten sind die Arbeits- und Lebensbedingungen von Beschäftigten.

Im vergangenen Jahr wurde in der gemeinsamen Publikationsreihe „Arbeit und Wirtschaft in Bremen“ unter anderem die Studie „Motivlagen beruflicher Entscheidungen von Erzieher*innen“ veröffentlicht, die gemeinsam mit der Senatorin für Kinder und Bildung in Auftrag gegeben wurde. Hier wurde untersucht, aus welchen Gründen Fachkräfte den Kitas den Rücken kehren und was getan werden kann, um sie im Beruf zu halten. Dabei wurde deutlich: Die Ausbildung muss dringend attraktiver werden, und um die Arbeitsbelastung zu reduzieren, muss vor allem in Kitas mit vielen Förderkindern über eine Reduzierung der Gruppengröße nachgedacht werden.

2025 gab es auch personelle Veränderungen am iaw: Das Institut hat mit Dr. Timur Ergen einen neuen Direktor. Der Sozialwissenschaftler forscht unter anderem zu Transformations- und Deindustrialisierungsprozessen und löst Prof. Dr. Irene Dingeldey nach fast sechs Jahren auf diesem Posten ab.

➔ www.iaw.uni-bremen.de



Zentrum für Arbeit und Politik (zap)

➔ Das Zentrum für Arbeit und Politik ist eine gemeinsame Einrichtung der Universität Bremen und der Arbeitnehmerkammer. Es bietet praxisnahe Forschung, lebensweltbezogenen Wissenstransfer und demokratiestärkende (Weiter-)Bildungs- und Coachingangebote. Einen Schwerpunkt bildet die politische Bildung. Im Bereich der beruflichen Bildung bietet das Zentrum für Arbeit und Politik das Beratungsangebot „Bleib dran!“ an. Durch Beratung und Mediation sollen Ausbildungsabbrüche vermieden werden. Hierbei werden gemeinsam mit den Ratsuchenden Konflikte geklärt und Lösungen erarbeitet. Das Beratungsangebot ist kostenlos und wird von der Arbeitnehmerkammer und der Senatorin für Kinder und Bildung finanziert. 2025 ist es gelungen, das Angebot auszuweiten. Im neu eröffneten Azubi-Wohnheim am Ellener Hof wird „Bleib dran!“ ein eigenes Büro mit festen Öffnungszeiten einrichten, um sozialpädagogische Beratung vor Ort anbieten zu können.

Der weiterbildende Masterstudiengang für betriebliche Interessenvertretungen MABO „Arbeit – Beratung – Organisation“ ist in die siebte Runde gegangen. Nachdem im vergangenen Jahr 29 Absolvent*innen ihren Abschluss machen konnten, sind derzeit 31 Studierende eingeschrieben. Zehn von ihnen erhalten Stipendien, die das Land Bremen finanziert. Sie werden den Teilnehmenden zur Verfügung gestellt, die keine betriebliche Förderung durch ihren Arbeitgeber erhalten.

➔ www.uni-bremen.de/zap



- Ebenso wie das iaw ist das zap am Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ) beteiligt. Das FGZ ist ein Verbund aus elf Hochschul- und Forschungseinrichtungen und analysiert gesellschaftliche Herausforderungen der Gegenwart. Es wird gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung.



Unser Mitgliedermagazin BAM wird in der Abteilung Kommunikation und Medien produziert, zu deren Aufgaben es gehört, die Arbeitnehmerkammer in der Öffentlichkeit sichtbar zu machen, die Mitglieder zu informieren und zentrale Themen in die gesellschaftliche Diskussion zu bringen.

Johannes Reinke lektoriert neben BAM-Artikeln auch alle anderen Publikationen aus dem Haus – etwa unseren Jahresbericht zur Lage der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Land Bremen, die Jahresbilanz (in der Sie gerade lesen), Infoblätter, Veröffentlichungen aus der Abteilung Politikberatung und Website-Inhalte: Er verbessert Fehler, prüft Zahlen und sorgt für Verständlichkeit.

Lea von der Mosel ist für die Kommunikation in unseren Social-Media-Kanälen zuständig und Teil unserer Online-Redaktion. In Posts oder Videobeiträgen bei Instagram, LinkedIn, YouTube, Facebook oder BlueSky finden sich sowohl politische Statements der Arbeitnehmerkammer als auch Servicetipps und Infos für Beschäftigte. Außerdem ist sie für den Newsletter für Betriebs- und Personalräte zuständig.

Kommunikation und Medien

➔ In verständlicher Sprache, zielgruppengerecht, schnell und unkompliziert aus der Kammer und über Neuigkeiten aus der Arbeitswelt informieren – das ist eine der Hauptaufgaben der Abteilung. 2025 haben sich die Medienaktivitäten schwerpunktmäßig auf die Arbeitsmarktpolitik im Land Bremen sowie auf die Arbeitszeit-Debatte und die Kampagnen gegen eine Aufweichung des Acht-Stunden-Tages konzentriert. Zudem haben wir zusammen mit unserer Schwesterkammer im Saarland Forderungen zur Bundestagswahl formuliert und uns in bundespolitische Debatten eingebracht – etwa zur Stärkung von Tarifbindung und Sozialstaat.

BAM – Das Bremer Arbeitnehmer Magazin

Unsere Mitgliederzeitschrift erscheint alle zwei Monate – hier finden unsere Leser*innen Service und Informationen rund um den Arbeitsplatz und aus der Kammer. Mitglieder können das BAM kostenlos abonnieren. Betriebe und Institutionen beliefern wir auf Wunsch.

Unsere Online-Kanäle

Unter www.arbeitnehmerkammer.de, über unseren Newsletter, auf unserer Facebook-Seite, bei Instagram, LinkedIn, auf YouTube und Bluesky informieren wir unsere Mitglieder – auch über Erklärfilme zu arbeitsrechtlichen Themen und Video-Kurzinterviews mit unseren Rechtsberater*innen. Verstärkt haben wir im vergangenen Jahr vor allem unseren LinkedIn-Auftritt – hier sind wir nicht nur mit unserem Kammer-Account unterwegs, sondern auch mit ausgewählten Botschafter*innen aus dem Haus. Und: Natürlich steht auch unser Print-Magazin als Online-Variante zur Verfügung – als Download oder direkt auf der Seite www.arbeitnehmerkammer.de/bam.

Pressearbeit

Als Ansprechpartner für Presse- und Medienvertreter*innen müssen wir über alle Geschehnisse in der Kammer gut informiert sein. So können wir den Medienvertreter*innen Rede und Antwort stehen, Fachreferent*innen aus dem Haus vermitteln oder Redaktionen mit Material versorgen. 115 Pressemitteilungen, Terminhinweise und Service-Informationen haben wir im vergangenen Jahr herausgegeben. Inhaltlich ging es zum Beispiel um die Situation von Erzieher*innen im Land Bremen, um Inklusion am Arbeitsplatz, die ökologische Wende der Bremer Wirtschaft oder den Ausbildungsmarkt.



Informationsmaterial für Beschäftigte

Unsere Abteilung betreut alle Publikationen im Haus. Ob Broschüren, Rechtsinfos, Veranstaltungsflyer, Studien oder Stellungnahmen – Schriftstücke, die für die Öffentlichkeit bestimmt sind, gehen über unseren Schreibtisch. Wir sorgen für zielgruppengerechte Sprache, Form und Design.

Persönlicher Kontakt

138 Präsenz-, Online- und Hybrid-Veranstaltungen der Kammer haben wir betreut. Außerdem waren wir auf fünf Messen vertreten. Uns zu kennen lohnt sich auch schon zu Beginn der Ausbildung: 24 Berufsschulklassen (und anderen Gruppen) haben wir 2025 die Arbeitnehmerkammer und ihre Aufgaben vorgestellt und mit einem Rechtsberater oder einer Rechtsberaterin die wichtigsten Fragen vor Ort geklärt.

➔ WIR SIND FÜR SIE DA

- ▶ 9 Mitarbeiter*innen (7 weiblich, 2 männlich)
- ▶ 1 Leiterin, 3 Referentinnen, 1 Referent, 1 Assistentin, 1 Sachbearbeiterin, 1 Lektor, 1 Veranstaltungsmanagerin

➔ UNSERE LEISTUNGEN

- ▶ 6 Ausgaben des Mitgliedermagazins BAM
- ▶ 24 Kammerpräsentationen
- ▶ Betreuung von 138 Präsenz-, Online- und Hybrid-Veranstaltungen
- ▶ 115 Pressemitteilungen, Terminhinweise und Service-Informationen
- ▶ auf 5 Messen vertreten

➔ www.arbeitnehmerkammer.de/bam
facebook: Arbeitnehmerkammer Bremen,
Instagram, YouTube, LinkedIn, Bluesky

Die Arbeitnehmerkammer Bremen vertritt als Körperschaft des öffentlichen Rechts die Interessen der Beschäftigten.

Mitglieder der Arbeitnehmerkammer sind – so bestimmt es das „Gesetz über die Arbeitnehmerkammer im Lande Bremen“ – alle im Bundesland Bremen abhängig Beschäftigten (mit Ausnahme der Beamten). Zurzeit sind dies rund 400.000 Menschen. Auch Arbeitslose, die zuletzt ihren Arbeitsplatz im Land Bremen hatten, sind Mitglieder der Arbeitnehmerkammer.

Neben einer umfassenden Rechtsberatung bietet die Arbeitnehmerkammer ihren Mitgliedern zahlreiche Informationen zu den Themen Wirtschaft, Arbeit, Bildung und Kultur. Darüber hinaus berät sie Betriebs- und Personalräte und unterstützt Politik sowie öffentliche Verwaltung im Land Bremen. Die berufliche Weiterbildung übernimmt die Wirtschafts- und Sozialakademie (wisoak).



Arbeitnehmerkammer
Bremen

Bremen-Stadt:

Bürgerstraße 1
28195 Bremen
Telefon 0421.3 63 01–0
info@arbeitnehmerkammer.de

Bremen-Nord:

Lindenstraße 8
28755 Bremen
Telefon 0421.6 69 50–0
nord@arbeitnehmerkammer.de

Bremerhaven:

Barkhausenstraße 16
27568 Bremerhaven
Telefon 0471.9 22 35–0
bhv@arbeitnehmerkammer.de

www.arbeitnehmerkammer.de

